Vorabend-Blatt

65. Jahrgang. № 414. Sonnabend, 3. September 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 57 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft", Schlachthofring 7, Wettinerstraße 56, Großmarkthalle, Ellasplatz 3, Kaiserstraße 11.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlfächern unter Verschluß des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Wichtige Besprechungen in Berlin.

Fragen der deutschen Innenpolitik.

Berlin, 2. Sept. Beim Reichskanzler finden heute vormittag Besprechungen von großer innenpolitischer Bedeutung statt, an denen außer dem Reichspräsidenten der Präsident des Reichstags, die Führer der Koalitionsparteien, Abg. Dr. Stresemann und einige andere führende Politiker und Parlamentarier teilnehmen. Gegenstand der Besprechungen dürfte der gesamte Komplex wichtiger Fragen der inneren deutschen Politik sein, die auf baldige Entscheidung drängen. Die Besprechungen dürften, wie die „Dtsch. Allg. Ztg." bemerkt, vielleicht ausschlaggebend werden für die deutsche Innenpolitik der kommenden Wochen und deshalb auch mit Rücksicht auf das gesamte, damit eng zusammenhängende Reparationsprogramm des Kabinetts und seine unbedingte Durchführung für die deutsche Außenpolitik von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit sein. Vorbesprechungen zwischen dem Reichspräsidenten und dem Abg. Dr. Stresemann sollen einen beide Teile durchaus befriedigenden und für die heutigen entscheidenden Beratungen erfolgversprechenden Verlauf genommen haben.

Zusammentritt des Ueberwachungsausschusses.

Berlin, 2. Sept. Heute vormittag 10 Uhr ist im Reichstag der sogen. Ueberwachungsausschuß zusammengetreten, der die Aufgabe hat, den Reichstag während dessen Vertagung zu vertreten. In diesem Ausschuß dürfte es heute zu einer ausführlichen Besprechung der vom Reichspräsidenten erlassenen Ausnahmeverordnung kommen.

Noch keine Umbildung des preußischen Kabinetts.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 2. Sept. Von zuständiger Stelle erfahren die „P. P. N." daß die Meldung über die Umbildung des preußischen Kabinetts Kombinationen darstellen, die zum mindesten den Tatsachen vorauseilen. Die „Vossische" sagt, wenn die sozialistische Korrespondenz erklärt, sie hätte die Meldung über eine Umbildung der preußischen Regierung nicht geglaubt, weil sie Stegerwald kenne und wisse, daß er innerlich dem Professor Dr. Martin Spahn nahestehe, der soeben in München seinen Uebertritt vom Zentrum zur Deutschnationalen Volkspartei vollzogen hat, so schießt sie damit zweifellos weit über das Ziel hinaus.

Einspruch der verbotenen Berliner Zeitungen.

Berlin, 2. Sept. Die beiden seit heute verbotenen Blätter des Scherl-Verlags, der „Berl. Lokal-Anz." und „Der Tag", haben gegen das auf vierzehn Tage lautende Verbot Einspruch erhoben. Sie verweisen darauf, daß sie sich durchaus nicht mit dem Inhalt des von ihnen abgedruckten Artikels des „Miesbacher Anzeigers" identifiziert haben.

Bayern und die Reichsregierung.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 2. Sept. Davon, daß wegen Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern zurzeit schon Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayrischen Regierung stattfänden, ist an hiesiger zuständiger Stelle nichts bekannt. Jedenfalls wird die Nachricht für unbegründet erklärt, daß es bereits feststünde, daß der Reichspräsident die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern beabsichtige. Reichskanzler Dr. Wirth wird nach seiner Rückkehr nach Berlin, also noch im Laufe des heutigen Tages, den bayrischen Gesandten empfangen. Es wird angenommen, daß man auf dem Wege eines Kompromisses zu einem befriedigenden Ergebnis kommen werde.

Die amtliche bayrische Staatsregierung hat bis heute den Erlaß des Reichspräsidenten noch nicht veröffentlicht.

Sedanfeiern in Bayern.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

München, 2. Sept. Die bayrische Regierung erläßt eine Verordnung, wonach den Beamten zur Teilnahme an der Sedanfeier Urlaub zu geben ist. In allen bayrischen Schulen und Lehranstalten finden auf Anordnung der Regierung Festakte aus Anlaß des Sedantages statt.

München, 2. Sept. Die vom Reichspräsidenten verbotenen Blätter „Miesbacher Anzeiger" und „Völkischer Beobachter" erscheinen weiter. In München wird der „Miesbacher Anzeiger" frei auf Straßen und Plätzen verkauft.

Nordbayrische Loskrennungsbestrebungen.

Nürnberg, 2. Sept. Sozialistische Blätter sprechen von einer Trennung Frankens von Altbayern. Der Ruf: „Los von München! Errichtung einer nordbayrischen Republik!" käme von den Lippen der Demonstranten. Das Blatt der unabhängigen Sozialdemokraten in Nordbayern „Der Sozialdemokrat" sagt: Sollte die schwarze Regierung in München auf ihren Ministersesseln hocken bleiben wollen als Kontrolle der ganzen Reaktionsbewegung, so wäre nach der deutschen Reichsverfassung die Möglichkeit für Nordbayern gegeben, sich von München loszusagen und sich allein oder mit anschließenden Ländern zu einem neuen Staatsgebilde zusammenzuschließen.

Sozialistische Ausschreitungen.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 2. September. Ueber die Demonstrationen im Reiche liegen Mitteilungen vor, wonach dieselben doch nicht überall reibungslos verlaufen sind. In Osnabrück wurde im Zuge der drei sozialistischen Parteien ein Galgen mitgeführt, woran zu lesen war, daß er für Helfferich, Ludendorff und Stresemann bestimmt wäre. In der Nähe des Marktplatzes wurde ein ehemaliger Offizier von der Menge überfallen und mißhandelt. Abends sollte auf Einladung des Flottenbundes deutscher Frauen Korvettenkapitän v. Mücke einen Vortrag über seine Erlebnisse auf der „Ayesa" halten. Die Sozialisten versuchten, dem Redner am Eingang des Bahnhofs vergeblich den Eintritt in die Stadt zu verwehren. Kurz vor Beginn des Vortrages kam ein geschlossener Trupp von Sozialisten mit Fahnen und Abzeichen und einer Musikkapelle an der Spitze unter Führung des Landtagsabgeordneten Hubert dorthin und trieb die Anwesenden hinaus, wobei einige Leute mißhandelt wurden. Der angekündigte Vortrag konnte aber schließlich in einem anderen Saale abgehalten werden. In Darmstadt machte der sozialistische Umzug vor den Redaktionen der rechtsstehenden „Hessischen Landeszeitung" und des „Tägl. Anzeigers" Halt. Vor den Gebäuden wurden Galgen aufgerichtet. Als die Menge in das Gebäude der „Landeszeitung" einzudringen versuchte, erschien eine Abteilung Schutzpolizei, gegen die die Demonstranten eine drohende Haltung einnahmen. Zu Tätlichkeiten kam es jedoch nicht. — Die Kundgebung in Speyer endete mit einem Angriff auf das Regierungsgebäude. — In Heidelberg zogen etwa 10000 Sozialisten vor das Rathaus und verlangten die Entfernung der in den Amtszimmern noch vorhandenen Kaiserbilder.

Magdeburg, 2. Sept. Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: In Neuhaldensleben sollen von den Rechtsparteien große schwarz-weiß-rot umränderte Plakate mit dem Aufdruck „Es lebe die Monarchie!" angeschlagen worden sein. Der Arbeiter bemächtigte sich eine große Erregung. Sie drangen in die Häuser ein und holten die Führer der Rechtsparteien heraus, zogen sie durch die Straßen, wo sie vom Publikum verhöhnt wurden. Nach Meldungen des Bürgermeisters sind Verletzungen und Verwundungen nicht vorgekommen. Schutzpolizei ist von Magdeburg nach Neuhaldensleben unterwegs. Nähere Einzelheiten wurden bisher noch nicht festgestellt. (W. T. B.)

Schöpflins Drohung mit Selbsthilfe.

Karlsruhe, 2. Sept. Bei den hiesigen Massenversammlungen sprach der Führer der badischen Sozialdemokraten, Reichstagsabgeordneter Schöpflin, vom Balkon des Rathauses herab. Er sagte u. a.: Wir möchten nur den Regierungen sagen: Wenn ihr in Zukunft nicht zufaßt gegenüber der Reaktion, so wird die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greifen müssen. Die Regimentsfeste, von denen zwei jetzt auch in Karlsruhe stattfinden sollen, werden wir nicht mehr dulden. Falls eines dieser Feste dennoch stattfinden sollte, werden wir es gewaltsam auseinandersprengen, denn wir dulden keine nationalistischen Feste mehr. Deutschland kann nur emporkommen als sozialistische Republik. Wenn die Staatsanwälte und Richter weiter so handeln wie bisher gegenüber den nationalistischen Mördern, so muß auch hier das Volk eingreifen.

Kontrollstellen gegenüber Militärtransporten.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 2. Sept. In einer Versammlung der Eisenbahner der Berliner Werkstätten sprachen sich gestern abend alle Redner für die Wiedererrichtung von Kontrollstellen der Eisenbahner gegenüber Militärtransporten aus. Die Deputation soll die Forderungen dem Reichsverkehrsminister General Gröner unterbreiten.

Attentat auf den Prinzen Georg.

Paris, 2. Sept. Aus Belgrad wird berichtet, daß auf den Prinzen Georg, den älteren Bruder des Königs Alexander, auf dem Wege nach Karlsbad gestern abend ein Attentat verübt wurde. Die Polizei hat den Attentäter namens Jakob Dost in Jugoslawien verhaftet. Prinz Georg, der bis 1913 serbischer Kronprinz war, dann durch Botschaft der Skupschtina der Thronfolge verlustig erklärt wurde, erfreut sich in Serbien nur sehr geringer Beliebtheit. Da König Alexander, sein jüngerer Bruder, in Paris schwerkrank darniederliegt, so ist neuerdings die Thronfolgefrage in Serbien aufgetaucht, wobei es starke Meinungsverschiedenheiten geben wird. Das Attentat ist wahrscheinlich auf diese Auseinandersetzungen zurückzuführen.

Unterdrückung des indischen Aufstandes.

London, 2. Sept. „Daily Telegraph" meldet aus Kalkutt, daß der Aufstand der Moplahs nach schweren Verlusten der Moplahs so gut wie unterdrückt worden ist. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden. (wtb.)

Kalikutt, 1. Sept. Um jede Möglichkeit einer Entweihung der Moschee von Tirurangadi, wo sich die Aufständischen verschanzt haben, auszuschließen, werden die Behörden Drahtverhaue um die Moschee errichten und die Aufständischen durch Hunger zur Uebergabe zwingen. — Ein von England vielerprobtes Mittel!

Noch einmal die Schuld am Weltkriege.

Von Oberst a. D. Boethke.

Keine Frage ist heute so brennend wie diese. Auf der Behauptung, die Schuld läge bei Deutschland, bauen die sogenannten Sieger ihr ganzes, in der Weltgeschichte unerhörtes Unterdrückungssystem auf. In jenen herrlichen Augusttagen, als der Kaiser rief und alle, alle kamen, da war jeder Deutsche sich bewußt, daß er in einen gerechten Verteidigungskrieg für Haus und Hof zog und daß der Weltbrand von den Gegnern frevelhaft entfacht worden war. Und heute? Von jenen Hetzern lohnt es sich nicht zu reden, die aus parteipolitischen Gründen die Kriegsschuld unserm Vaterlande, dem Kaiser, der Kaiserlichen Regierung, den Rechtsparteien, den Alldeutschen aufbürden wollen, nur beileibe nicht einem Mitgliede der Entente. Sie schreien gegen ihr besseres Wissen; eine Auseinandersetzung mit ihnen ist ausgeschlossen. Aber bis in die bürgerlichen Berufe, bis in die Rechtsparteien hinein sitzen ernste, patriotische Männer, die in ihrer Ueberzeugung von unserer vollständigen Unschuld unsicher geworden sind. Sogar rechtsstehende Zeitungen begnügen sich, die alleinige Schuld Deutschlands zu bestreiten, geben also einen Teil der Schuld zu. Nein, immer wieder muß betont werden, nicht ein Teil, sondern die ganze Schuld lastet auf der Entente, und Deutschland ist ganz und gar schuldfrei!

Der Begriff der Schuld muß geklärt werden. Sie läßt sich von drei Gesichtspunkten aus betrachten:

1. Es steht historisch fest und ist unendlich oft auseinandergesetzt worden, daß die Gegner den Vernichtungskrieg gegen uns wollten. Sie haben sich gegen uns zusammengefunden, sie haben jahrelang sorgsam gerüstet, sie waren entschlossen, nach Beendigung der Rüstungen in einem geeigneten Augenblick loszuschlagen. Dafür gibt es genügend Zeugnisse aus ihrer Mitte. Die Ereignisse fügten es, daß der von ihnen gewollte Weltbrand vor dem gewollten Termin ausbrach, aber das ändert doch nichts! Hat Deutschland, sein Kaiser, seine Regierung den Krieg gewollt? Nur Ententegenossen und deutsche (leider!) Linkspolitiker können solchen Widersinn behaupten, weil sie es eben wollen. Wir alle wissen doch genau, daß das nicht wahr, daß das eine zur Erreichung politischer Ziele erfundene Lüge ist! Nun, wenn der eine Teil den Krieg gewollt und sorgfältig vorbereitet, der andere ihn nicht gewollt hat und unvorbereitet hineingetapert ist, wer ist dann schuld? Doch wohl der erstere. Wer das nicht einsieht, ist blind.

2. Leider steht auch historisch fest, daß in jenen schwülen Julitagen die deutsche Regierung nichts weniger als zielbewußt und geschickt gehandelt hat. Ihr wird wohl der Vorwurf gemacht, sie hätte damals den Ausbruch des Weltkrieges verhindern können. Schön, nehmen wir das als richtig an, dann erwächst ihr eine gewisse Schuld, aber diese kann ihr doch nur von uns aus vorgehalten werden, nicht von der Entente und den Neutralen aus! Wenn ich jemand überfallen will und dieser weiß mir nicht geschickt auszuweichen, dann kann ich doch nicht ihm die Schuld an dem Zusammenstoße aufbürden wollen! Im übrigen müssen wir unsere Regierung auch von dieser Schuld freisprechen. Sie hätte durch geschicktes Lavieren den Ausbruch des Weltkrieges im Sommer 1914 verhindern können, aber nicht für die Dauer. Er mußte über uns hereinbrechen, denn die Gegner wollten ihn.

3. Endlich eine dritte Schuld, zu der wir uns alle bekennen müssen. Ich habe einmal gelesen: Bismarck trägt die Schuld am Weltkriege. Das ist richtig, nur muß man den Großen Kurfürsten, den Großen Friedrich, die Helden der Freiheitskriege, Krupp, Borsig und unzählige mehr ebenfalls als schuldig nennen, nämlich alle die Männer, durch deren Wirken unser Vaterland eine Militär-, eine Handels- und Industriemacht allerersten Ranges geworden ist. Das war ja der Punkt! Wären wir klein, bescheiden, ohnmächtig, zersplittert, das Volk der Dichter und Denker geblieben, dann kam der Weltkrieg nicht. Die Rolle hätte die ganze Welt uns gegönnt. Unser Großwerden rief den Neid und den Entschluß hervor, uns mit allen Mitteln niederzuzwingen.

Ich denke, diese Schuld wollen wir tragen. Wir hatten das Recht, nach oben zu streben, und kein unbefangener Richter kann uns deshalb verurteilen. Eine weitere Möglichkeit, eine Kriegsschuld herauszufinden, gibt es nicht. Wir mögen uns und unser Verhalten noch so sorgfältig prüfen, wir können zu keinem anderen Ergebnis kommen, als daß uns keinerlei Schuld am Kriege trifft. Es genügt aber nicht, daß wir uns dessen bewußt sind. Die Gegner schreien seit nunmehr sieben Jahren immer wieder die Lüge von unserer Schuld in die Welt hinaus, und das haben uns die zurückliegenden Zeiten ja bewiesen: Nicht auf die Wahrheit kommt es an, sondern daß eine Behauptung laut genug und mit der nötigen Ausdauer in die Welt hinausposaunt wird. Die deutsche Auffassung, die Wahrheit bräche sich von selbst Bahn, war ein folgenschwerer Irrtum. Darum, um den Tatbestand in der Welt und bei uns selbst nicht in das Gegenteil verkehren zu lassen, müssen wir selbst fest bleiben und immer wieder aussprechen: Die ganze Schuld am Weltkriege trifft die Entente, uns auch nicht ein Bruchteil! Nichts anderes hat für uns, für die Welt, für die Geschichte eine derartige Bedeutung, wie die Feststellung dieser Tatsache.

Die letzten Kriegsgefangenen in Avignon.

Genf, 2. September. Das „Journal" meldet aus Paris: Es bestätigt sich, daß die Begnadigung der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus Avignon im Laufe des September erfolgen wird.